nichts übrig, als einen dicken Trennungsstrich gegenüber der Vergangenheit zu ziehen. Die Mark wurde zur Papiermark, die Markschulden zu Papierschulden. Die finanzielle Vergangenheit war ein Fetzen Papier, der zu einem Billionstenteil in der neuen Währung auflebte und im übrigen nur ein geringes prozentuales Wiedererwachen brachte. Die Stabilisierung pumpte künstlich mehrere Milliarden in die blutleer gewordene Wirtschaft. Es wurde künstlich zur Inbetriebsetzung der Produktion Kaufkraft geschaffen. Damit aber eine Grundlage für die Akkumulation geschaffen wurde, setzte die Bourgeoisie im ersten Stabilisierungshaushalt enorme Steuern fest, durch die dann der Rückfluß an das Kapital gesichert wurde. Das erste Jahr 1924/1925 brachte einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben in Höhe von 536,7 Millionen. Dabei sind in diesem Jahr für innere Kriegslasten 1136,7 Millionen eingesetzt. Es sind darin besonders die riesigen Entschädigungen an die Ruhrindustriellen in Höhe von 744,5 Millionen enthalten. Außerdem wurden 252 Millionen als Betriebsfonds außerhalb des Haushalts zurückgestellt. Auf diese Weise wurden nicht weniger als 1,55 Milliarden Ueberschuß herausgepreßt. Durch diese übermäßige Belastung trat ein scharfer Rückschlag ein. Außerdem wurde der zu starke Ueberschuß zu einer Rechtfertigung der Reparationsforderungen. Deshalb trat sofort eine Steuerermäßigung der sog. Besitzsteuern ein. In den folgenden Jahren steigerte sich ganz systematisch der Ausgabenüberschuß. Allmählich begann die Kreditwirtschaft. Das Defizit stieg von 109,9 im Jahre 1925/1926 auf 853,5 im Jahre 1926/1927 und wird für 1927/28 auf 856,4 Millionen veranschlagt. Das erste Jahr enthielt keine Zahlungen auf Grund des Sachverständigenplanes, während in den folgenden Jahren sich die Beiträge auf 291,3 bzw. 537 bzw. 831,2 Millionen steigerten.

Die Defizite der letzten 3 Jahre führten zu Anleiheermächtigungen in Gesamthöhe von 1406,7 Millionen. Außer der Rentenbankanleihe von 355,3 Millionen im Jahre 1924/1925 hat das Reich nur im Februar 1927 von der Anleiheermächtigung in Höhe von 400 Millionen Gebrauch gemacht. Ihr Mißerfolg war derartig eklatant, daß die Regierung auf jede weiteren Versuche verzichtete, zumal da durch diese Anleihe eine völlige Verstopfung auf dem inneren Markt eingetreten war. Mit dem Voranschlag für 1928/29 hat die deutsche Bourgeoisie die Ausgabendeckung durch Anleihen wegen der Marktlage für Anleihen und auf den ausdrücklichen Einspruch des Reparationsagenten einstellen müssen. Das Defizit von 190 Millionen hat sie aus den Ueberschüssen des Jahres 1927/28 gedeckt.

Die Entwicklung der einzelnen Haushaltsposten, insbesonder der Abbau der sozialen Lasten und die weitere Verschärfung der Ausbeutung durch den neudeutschen Imperialismus ist ein besonderes Kapitel für sich. In dieser Richtung hat die deutsche Bourgeoisie ganz planmäßig gearbeitet. Aus dem Recht auf Arbeit, die durch die Einführung der Erwerbslosenfürsorge proklamiert wurde, ist die „produktive" Erwerbslosenfürsorge, die Fürsorge für das Kapital, und aus ihr die Arbeitslosenfürsorge, die Uebernahme der Kosten durch das Proletariat geworden. Es ist sogar noch verpflichtet, die sehr erheblichen Verwaltungskosten für den von der Bourgeoisie gestellten Beamtenapparat zu tragen. Das Jahr 1926/1927 brachte noch Ausgaben für Unterstützungszwecke im Gesamtbetrage von 426,3 Millionen. Für das Jahr 1927/28 waren 710 Millionen eingesetzt. Dagegen weist der Voranschlag für 1928/29 nur noch den Betrag von 127 Millionen auf, da durch die Arbeitslosenversicherung 700 000 Unterstützungsempfänger gesichert seien. In einem folgenden Artikel soll weiteres Material noch gebracht werden.

Politische Rundschau

Tschitscherin räumt auf

Kommunisten kompromittieren die „Sowjetunion".

Wie der „Volkswille" berichtet, traf in den letzten Tagen bei den Handelsvertretungen und Botschaften ein von Tschitscherin gezeichneter Erlaß ein, der **die Entlassung aller in den Vertretungen beschäftigten Kommunisten** der betreffenden Sektion des Landes **sofort verlangt.**

Tatsächlich ist auch den kommunistischen Angestellten einer Reihe von Vertretungen bereits gekündigt worden, nicht etwa nur der diplomatischen Vertretungen, sondern auch der Handelsvertretungen. Als Grund wird angegeben, daß sich „**die außenpolitische Lage derartig verschlechtert habe**", **daß die Weiterbeschäftigung von Kommunisten eine zu große außenpolitische Belastung wäre.** Es wird vielfach nicht der Kündigungstermin abgewartet, sondern den Angestellten werden ihre gesetzlich zustehenden Bezüge sofort ausgezahlt, sie werden von der Arbeit enthoben. Es handelt sich nicht etwa um oppositionelle, sondern um brave, bisher immer für die Mehrheit resp. Stalin stimmende Parteimitglieder. Es ist dabei völlig belanglos, ob die Betreffenden eine verantwortliche Arbeit verrichten oder aber nur technische Kräfte waren, Portiers, Boten usw.

Die Maßnahme geht schmackhaft unter dem Titel der „**Ersetzung der Kommunisten durch russisches Personal**" vor sich, tatsächlich bringen auch alle russischen Angestellten ihre diversen, noch nicht angestellten Verwandten, Frauen usw., unter. Es besteht aber keine Frage, daß **Sozialdemokraten, Bürgerliche und sogar Weißgardisten angestellt werden sollen.**

Die Vertretungen sind angewiesen, daß der Verkehr bekannter Kommunisten in den sowjet-russischen Vertretungen ganz aufhören müsse, da dies „kompromittierend" und für die außenpolitische Lage der Sowjetunion von Schaden sei. In Verfolg dieser Verordnung sind die Portiers einer Reihe von Vertretungen angewiesen, **die bekannten Kommunisten auf keinen Fall mehr in die Büros einzulassen,** es sei denn, daß eine Spezialerlaubnis des Botschafters oder Gesandten vorläge.

Diese Verordnung hat selbst bei den viel schluckenden stalinergebenen Angestellten eine ungeheure Verwunderung und Erregung hervorgerufen. In Oesterreich z. B. wurden **zwei Vertreter des ZK. nach Moskau entsendet, die einen Protest überreichen** sollen.

Die „Rote Fahne" befindet sich ob dieser neuesten Enthüllung in der größten Verlegenheit und wendet dieselbe Methode an, wie bei allen „Zwischenfällen": Berliner Vertrag, Granatensauerei, Verbannung der Opposition usw. Sie bezeichnet die ganze Geschichte als „Schwindel", läßt sich aber folgendermaßen die Tür offen:

> „Gesetzt den Fall, aus den allgemeinen Arbeitsbedingungen oder auf Grund von Ersparnismaßnahmen würde in den Vertretungen der Sowjetunion sich tatsächlich ein Abbau von Angestellten notwendig machen, wobei natürlich auch Kommunisten betroffen würden, so käme kein Arbeiter auf den Gedanken, hierbei irgendetwas besonderes oder gar einen Grund zur Kritik an der Sowjetunion zu finden." („R. F." vom 2. Februar.)

Ja, ja, es ist schlimm, wenn man immer vor fertige Tatsachen gestellt wird und nicht weiß, ist es nun „Schwindel" oder — ist es „begreiflich" und notwendig im Interesse des „Arbeiterstaates" und daher kein Grund zur Kritik an der „Sowjet-Union"? — Für den revolutionären Arbeiter sind diese Dinge keinerlei Rätsel. Aus denselben Gründen, wie die oppositionellen Botschafter geschaßt wurden, um für die Beziehungen mit der Bourgeoisie diese Hindernisse hinweg zu räumen, müssen auch die Handelsvertretungen stubenrein gemacht werden. Tschitscherin hat keine Lust, sich dauernd bei Haussuchungen „kompromittierendes" Material vor die Nase halten zu lassen. Er will den Beweis erbringen, daß die Handelsbotschaften keine „Nester für revolutionäre Propaganda" sind. Trotzdem die meisten angeblichen Kommunisten in den Handesvertretungen dies nur sind für ihr gutes Geld, ist es natürlich nicht ausgeschlossen, daß gelegentlich ein räudiges Schaf in seiner revolutionären Einfalt und im guten Glauben seine revolutionäre Pflicht zu tun, die ganze Geschichte kompromittieren kann. Zweitens sind die Handelsvertretungen infolge ihres Verkehrs mit Rußland Verbindungsstellen mit der „Opposition", und Stalin hat kein Interesse daran, auf diese Weise seine Schweinereien aufgedeckt zu sehen. Die offenen Bourgeoisiesöhnchen und Töchter sind also fein heraus. Die Hakenkreuzjünger beziehen ihr Gehalt weiter.

Nur für das Wegräumen von Dreck, Fraßresten und Ueberbleibsel von Saufgelagen wird man Proleten nehmen, weil dazu die „Besseren" der Gesellschaft zu schade sind. Vielleicht läßt man aber auch hier die nötige Vorsicht nicht außeracht und bezieht die Kulis von dem Nachweis der „Vaterländischen Verbände". Man kann nicht wissen, ob unter den nicht eingeschriebenen Scheuerteufeln nicht doch so ein kommunistisches Schwein steckt.

Wahlen in Mecklenburg

Pleite des „revolutionären" Parlamentarismus.

Die Wahlen in Mecklenburg-Strelitz zu dem Landtag haben den Bankrott des „revolutionären" Parlamentarismus von neuem offenbart. Hier hat die KPD. noch bei der vorletzten Wahl rund 11 000 Stimmen und zehn Mandate gehabt. Am 3. Juli vorigen Jahres erhielt sie 4172 Stimmen und bei der letzten Wahl am vorigen Sonntag ging sie sogar auf 3564 Stimmen zurück. Man muß ebenfalls den unter Einfluß der KPD. stehenden Bund der Kleinlandwirte bei seinem Krebsgang verfolgen. Erhielt dieser Bund noch im Juli v. J. 1765 Stimmen, so schrumpfte er diesmal auf 665 Stimmen zusammen.

Die Arbeiter, die noch an den parlamentarischen Schwindel glauben, werden von der unfähigen sozialdemokratisch-moskauer Konkurrenz der SPD. in die Arme getrieben. Dafür folgendes Beispiel: 1923 zählte die SPD. 11700 Stimmen, im Juli 1927 stieg sie auf 15 300 und bei der letzten Wahl hat sie gar 19 264 Stimmen erhalten. Innerhalb eines halben Jahres konnte die SPD. 4000 Stimmen erobern, während in der gleichen Zeit die KPD. zurückging.

Diese „Linie" endet mit dem Resultat, daß letzten Endes der „Einfluß auf die Massen" noch so weit reicht, daß sich die unentwegten Leninisten selbst wählen, während das Proletariat über sie zur Tagesordnung übergeht. Der Kampf gegen den parlamentarischen Schwindel ist daher in erster Linie ein Kampf gegen die KPD., die durch ihre „Taktik" der schwarz-rot-gelben Konterrevolution die Massen zutreibt und das Proletariat blind macht für seine wirklichen Aufgaben.

Dollarsonnenfinsternis

Wir entnehmen der „Metallarbeiter-Zeitung" aus einer Rede des bekannten englischen Volkswirtschaftlers Sir George Paish folgende Ausführungen über die Krise der kapitalistischen Wirtschaft Europas:

> „Die Anleihen Europas an Rußland betrugen vor dem Kriege einige Milliarden. Europa hatte Recht auf Gegenleistungen im Betrage von 60 Millionen Pfund im Jahr, die hauptsächlich in Form von Weizen, Flachs usw. eingingen. Dieses Einkommen ist hinfällig geworden. Die amerikanischen Schulden an Europa betrugen damals etwa 1,2 Milliarden, die im Jahr etwa 60 Millionen abwarfen und in Rohbaumwolle, Nahrungsmitteln usw. bezahlt wurden. Diese Schuld ist fast völlig verschwunden, hingegen muß Europa nach vollendeter Schuldenregelung riesige Summen an Amerika zahlen. Will Europa allen seinen Verpflichtungen nachkommen, so muß es für 300 Millionen Pfund mehr ausführen als von dem Kriege. Diese erhöhte Ausfuhr wird nicht erreicht und kann nicht erreicht werden, so u. a., weil sich der Produktionsapparat außerhalb Europas gewaltig vergrößert hat (Amerika, Japan, Indien, China usw.). Das verarmte Europa versuchte deshalb, die Bilanz durch Einschränkung der Einkäufe auszugleichen das heißt durch die Erhöhung der Zölle, Einfuhreinschränkungen und -verbote. Einfuhr- und Ausfuhrhindernisse trieben sich gegenseitig in die Höhe. Schließlich nahm man die Zuflucht zu Krediten, mit dem Ergebnis, daß die Schulden der Industrien an die Banken eine gefährliche Höhe erreichten. Aus Anleihen erwuchsen neue Anleihen. Wie stark diese Bewegung zunimmt, geht daraus hervor, daß sich die Anleihen Amerikas an Europa im Jahre 1926 auf 500 Millionen Pfung beliefen und die Summe im Jahre 1927 wahrscheinlich noch höher sein wird. Wie lange wird Europa weiter Anleihen aufnehmen können und wie lange wird Amerika borgen wollen?
>
> Die Antwort von Paish lautet: Weniger als 2 Jahre. Die kritische Zeit wird im Frühling 1929 kommen. Europa wird dann keine neuen Anleihen mehr aufnehmen können und vor dem Bankrott stehen. Paish fügte bei, daß dies nicht nur seine persönliche Ansicht sei, sondern er diese Meinung im Gespräch mit Finanz- und Bankleuten von Amerika, England, Deutschland usw. gewonnen und bestätigt gefunden habe."

Das Proletariat wird dem Moloch Kapitalismus noch viele Tausende seiner Klasse opfern müssen, wenn es die „Stabilisierung" erreichen will, — und doch nur erreichen, daß die Krise auf einer höheren Stufe stabilisiert wird, aber niemals das kapitalistische „Gleichgewicht", wo unter dem Glanz der „Dollarsonne" sozialdemokratische „Errungenschaften" wachsen. Und die Gewerkschaften werden noch viel Arbeit haben, die verzweifelten Proleten niederzuhalten, denen der Druck der Kapitalsoffensive täglich einbläut, daß es ohne Revolution keinen Ausweg gibt.

Kapitalismus

Dem sozialdemokratischen „Göttinger Volksblatt" entnehmen wir folgende Notiz:

§ 218.

„Nur die Phantasie eines Antoine Wirtz könnte das Bild ausdenken, das in diesen Tagen vom Leben selbst als Illustration zu den §§ 218—20 gemalt wurde. Man möchte wünschen, daß dieses Bild allen Freunden der ungerechten und unmoralischen §§ jede Woche einmal im Traume erscheint.

Dreißig Kilometer von Kassel entfernt liegt das Dörfchen J. Dort hat sich auf billigem Bauplatz, in einem Steinbruch, ein junger Arbeiter ein Häuschen gebaut. Er arbeitet in Kassel und kommt alle Woche zum Sonntag nach Hause. Hier erwartet ihn alles andere als „Familienglück". Not und Sorge grinsen ihn von weitem aus den Fensterchen seines „trauten Heimes" an. Denn der überaus knappe Wochenverdienst von 30 Mark, von dem auch der Aufenthalt in Kassel und die wöchentliche Reise bestritten werden müssen, reicht für Eltern und 4 kleine Kinder, die sich in der jungen Ehe rasch nacheinander eingestellt haben, in keiner Weise.

Nun hat sich wieder ein „frohes Ereignis" angemeldet. Vorläufig weiß nur die Frau davon. Sie bewahrt ihr Wissen in wahnsinniger Angst vor ihrem Mann, weil sie den verzweiflungsvollen Auftritt fürchtet, der kommen wird, wenn er das „süße Geheimnis" erfährt. Wer will es der Frau verdenken, wenn sie in ihrer Not alle möglichen Mittel weiser Frauen anwendet, um die Frucht loszuwerden? Wer kann sich ihre Seelennot vorstellen, als sie merkt, daß alles vergeblich ist?

Da kommt eines Tages die im Dorfe wohnende Schwiegermutter gegen Mittag in das Haus und findet zu ihrem Erstaunen die beiden ältesten noch nicht schulpflichtigen Kinder unbekleidet und weinend im Hausflur. „Wo ist denn die Mutter?" „Mutter ist in der Küche und steht gar nicht auf." Nichts Gutes ahnend betritt die Frau den Küchenraum. Und da bietet sich ihr das Bild, von dem wir wünschen, daß es allen landläufigen Moral- und Sittenjüngern, besonders den Verfechtern der §§ 218—20 alle Woche einmal im Traume erscheinen möchte:

Die Frau sitzt im Nachtgewande auf dem Nachtgeschirr — — starr und bleich — — — tot. Um sie herum liegen allerlei metallene Gegenstände, die sie sich während der Nacht in höchster Verzweiflung in die Gebärmutter gestoßen und wodurch sie ihren Tod veranlaßt hat. So ist sie in den Morgenstunden von den erwachenden Kindern gefunden worden, die vom Tode noch nichts verstehen und gar nicht begreifen können, warum die Mutter auf keinen ihrer angstvollen Rufe antwortet. Die zwei kleinsten Kinder hängen an ihr und schreien immerfort „Mutti, Mutti!"

Die alte Frau hat dieses entsetzliche Bild nicht durchs Leben tragen können. Sie ist hingegangen und hat sich an einem Scheunenbalken erhängt. Wir können sicher sein: Die Moral- und Sittenjünger landauf und landab, die edlen Streiter für den ethischen Wert der §§ 218—20 werden sich als Leutchen von robusterer Konstitution erweisen."

Die Sozialdemokratie hatte schon einmal die Möglichkeit, durch einen Federstrich diesen Paragraphen zu beseitigen. Aber sie weiß, daß damit die bürgerliche Gesellschaft an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen würde. Gegen die Aufhebung der Leibeigenschaft würde sich die bürgerliche Kanaille mit Klauen und Zähnen wehren, weil dadurch dem Ueberfluß an arbeitswilligen Sklaven empfindlicher Abbruch getan würde. Diesen Kampf muß jede Partei scheuen, die sich mit dieser Ordnung abgefunden hat, und deswegen übertrifft die Sozialdemokratie mit ihrer Heuchelei über die demokratische Leibeigenschaft noch die bürgerlichen Parasiten mit ihrer „Moral".

„Der Aufbau des Sozialismus in einem Lande"

Die Berliner Konzessionskommission der russischen Handelsvertretung berichtet laut „Berliner Tageblatt" soeben über die in Deutschland erteilten Konzessionen im letzten vollen Berichtsjahre 1926-27. Danach wurden zwei Produktionskonzessionen und sieben Verträge über technische Hilfe eingegangen.

Die Produktionskonzessionen wurden abgeschlossen mit der **Fried. Krupp A.-G.** auf die landwirtschaftliche Konzession Manytsch; der Vertrag läuft bis **1958**, sowie mit der **Deutsch-Russischen Saatbau A.-G.**, die ebenfalls eine landwirtschaftliche Konzession bis **1954** laufen hatte. Sogenannte Verträge über technische Hilfe wurden mit folgenden Firmen abgeschlossen: auf sieben Jahre mit der **Motorenfabrik Deutz** bei der Herstellung und Aufstellung von Deutzer Motoren wie auch bei Schiffsmotoren. Ein unbefristeter Vertrag mit der **Gebr. Sulzer A.-G.** in Ludwigshafen bei der Herstellung von Dieselmotoren. Ein sechsjähriger Vertrag mit der **Harburger Eisen- und Broncewerke A.-G.**, Harburg, bei Herstellung von Anlagen für Raffinierung von Oelen und Fetten. Ein siebenjähriger Vertrag mit der Gruppe **Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg-Riedinger** bei der Herstellung und Aufstellung von Maschinen und Apparaten für Kühlanlagen. Ein fünfjähriger Vertrag mit der **Telefunken, Gesellschaft für drahtlose Telegraphie**, Berlin; die Telefunken hat einen Vertrag mit dem staatlichen elektrotechnischen Trust der Schwachstromwerke und mit dem Volkskommissariat für Post- und Telegraphenwesen vereinbart, der erst Ende September 1927 bestätigt wurde. Einen fünfjährigen Vertrag mit der **Bayerischen Motorenwerke A.-G.** bei der Herstellung von Flugmotoren; dieser Vertrag wurde Mitte Oktober 1927 bestätigt. Einen dreijährigen Vertrag mit der **Nitritfabrik A.-G. Berlin**, bei der Fabrikation von Halbfabrikaten aus Chlorbenzol.

Mit einigen weiteren Firmen werden binnen kurzem Verträge abgeschlossen werden, und zwar mit der **Demag** bei der Herstellung von Kranen, Walzwerken, Hochofenanlagen usw. für fünf Jahre, sowie mit der **Maschinenfabrik Schieß Defries A.-G.** beim Bau und der Aufstellung von Werkzeugmaschinen schwerer Art für drei Jahre."

Der „Sozialismus", den man angeblich in Rußland aufbaut, bringt die Kapitalisten nicht mehr aus der Ruhe. Sie sehen in Rußland einen Vertragspartner, der ihnen vorderhand für Jahrzehnte sicher ist. Nur die Proletarier, die der 3. Internationale nachlaufen, sehen noch überall Disteln für Rosen an.

Aus der Partei

Zum Parteitag

5. Die Organisation der Massenaktion — die neue Klassenorganisation des Proletariats.

Der Antiparlamentarismus ist an sich noch keine Taktik, keine Linie, sondern lediglich eine Ablehnung einer bisherigen Taktik und Kampfmethode in der Arbeiterbewegung. Die politische Linie der Partei erhält ihren positiven Inhalt durch das Bekenntnis zur Massenaktion.

Die politische Linie oder die Politik einer revolutionären proletarischen Partei besteht nicht in der korrekten historisch-materialistischen Erklärung der ökonomischen und politischen Erscheinungen allein. Dies kann auch eine Verlagsanstalt als Genossenschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung tun. Die Politik der revolutionären Partei ist ihre Tätigkeit um die Sammlung des Proletariats und Stärkung seines Kampfwillens als Klasse im Gegensatz zur Bourgeoisie und ihrer Gesellschaftsordnung. Die Quellen des Kampfwillens sind die alltäglichen Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital. Diese Gegensätze sind auch die Grundlagen des Massenkampfes, worin sich der Klassenwille des Proletariats äußert und fortentwickelt. Auch die, aus der bisherigen Entwicklung des Klassenkampfes gewonnenen Erkenntnisse, die zur Stärkung des Klassenwillens und zur Entwicklung des Klassenbewußtseins des Proletariats notwendig sind, können von ihm begriffen und aufgenommen werden nur im Prozeß des Kampfes aus seinen Erfahrungen heraus. Hieraus folgt die große Wichtigkeit des Kampfes selbst, der Bewegung als solche, für die revolutionäre Partei, die sich den Sturz des Kapitalismus und die Verwirklichung des Kommunismus zur Aufgabe gestellt hat.

Es wurde schon ausgeführt: In der jetzigen monopolistischen Phase des Kapitalismus, wo die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse vom Gesichtspunkt der Reife der ökonomischen Voraussetzungen des Kommunismus zu einer Tagesaufgabe geworden ist, ist der Kampf der Arbeiter nur als Massenkampf möglich. Dies erfordert die aktive Anteilnahme der Arbeiter selbst. Aus der Aktion der Masse entstehen die Elemente, die dem Kampf einen politischen Charakter verleihen. Sie führt von Verteidigung zum Angriff und bringt den Arbeitern die Erfahrungen und Fähigkeiten zur Lösung ihrer geschichtlichen Aufgaben.

Die Massenaktion braucht aber auch i h r e Organisation. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies Betriebsorganisationen sind, zusammengefaßt in Orts-, Bezirks- und Reichsmaßstabe zur Allgemeinen Arbeiter-Union, wobei es nicht auf den Namen ankommt, sondern auf das System der Organisation, daß sie zu einem Organ des Willens der Mitglieder macht, im Gegensatz zu der Organisationsreform der Gewerkschaften, die sie zum Organ der Bürokratie macht.

Der Kampf um die Organisation der Massenaktion ist ein Kampf gegen die alte, für die neue Klassenorganisation der Arbeiter. Dieser Kampf erfordert auch einen Kampf gegen jene Strömungen wie die Einheitsorganisation und die kümmerlichen Reste der Essener Richtung, die aus der Union nicht einmal eine zweite Partei, sondern eine Sekte, anstatt Klassenorganisation des Proletariats machen wollen und sie so vor den Arbeitern nur kompromittieren. Die Ansichten dieser Strömungen von Wesen, Aufgaben und Taktik der Union sind das Produkt der bloßen Negation der Gewerkschaften. Sie identifizieren die Gewerkschaften mit den Wirtschaftskämpfen, d. h. mit den Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, die sich die Gewerkschaften als ausschließliche Aufgabe unermüdlich zuschreiben. Deshalb gelten für sie diese Kämpfe als etwas Gewerkschaftliches, und deshalb lehnen sie sie, ebenso wie die Gewerkschaften, ab. Daraus folgern diese Strömungen: Die Union hat und darf nichts mit den Kämpfen der Arbeiter um Lohn- und Arbeitsbedingungen zu tun haben.

Die Einheitsorganisation und die Essener mit ihren Ausstrahlungsprodukten — den sogenannten „Autoritären" — glauben aus den bisherigen Erfahrungen den Schluß ziehen zu können: Der Kampf ums „Stück Brot" verhält sich zur Revolution wie Wasser und Feuer; sie schließen sich gegenseitig aus. Anstatt zu begreifen, daß die Nichtumwandlung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre Ursache bis jetzt entweder in dem Widerstand der Gewerkschaften (ihre Organisation, Politik und Ideologie) oder in der ungenügenden Stärke des Klassengegensatzes, der aus der Stärke der Krise resultiert, oder in den beiden zusammen gehabt haben — folgern sie, Wirtschaftskämpfe und Revolution stehen sich feindlich gegenüber. Und da sie die Revolution wollen, beschauen sie sich anteilnahmslos oder verächtlich alle Streikbewegungen, wenn sie nicht den Mut aufbringen, aus Prinzip Streikbrecher zu werden.

Diese Ansichten von den alltäglichen Kämpfen der Arbeiterklasse und ihrem Verhältnis zur Revolution sind wiederum Beispiele dafür, wie aus der gefühlsmäßigen Reaktion zu der alten Arbeiterbewegung Ansichten entstehen, die aus der Tatsache Klassenkampf des Proletariats eine Fiktion machen. Denn wo ist der Klassenkampf, der seinen Ausgangspunkt und Grundlagen nicht in den alltäglichen Interessengegensätzen zwischen Arbeit und Kapital? Sind es denn nicht diese Interessengegensätze, die die Arbeiter als Klasse sammeln, die Solidarität und auch das kommunistische Ziel ins Leben rufen? Sind denn nicht die Wirtschaftskämpfe, — um mit Rosa Luxemburg zu sprechen — die eigentliche, vulkanische Quelle, die den revolutionären Klassenkampf fortlaufend speisen? Eine Organisation, die bei der Bestimmung ihrer Aufgaben und Taktik von der Konstruktion eines unüberwindbaren Gegensatzes zwischen dem realen Klassenkampf des Proletariats und der Revolution ausgeht, trägt soviel zum Sieg der Revolution bei, wie die harmlosen grasfressenden Jesusiatscher, die aus dieser schlechten Welt in die Wälder flüchten zum Sturz des Kapitalismus.

Es ist klar, daß das Wesen und die Aufgaben der Union aus solchen Ansichten über die Wirtschaftskämpfe und ihr Verhältnis zur Revolution ableiten zu wollen, bedeutet, von ihr eine Sekte zu machen.

Die Partei verließ die Gewerkschaften nicht, weil diese Wirtschaftskämpfe führen, oder weil sie nur Wirtschaftskämpfe führen wollen, auch nicht, weil ihre Mitglieder nicht Kommunisten waren und sind, denn dann müßte sie logischerweise auch die Arbeiterklasse „verlassen", da sie ebenso nicht-kommunistisch ist und mit kleinen Verbesserungen auszukommen glaubt. Die Partei verließ die Gewerkschaften 1., weil dort eine unabgestumpfte Vertretung ihrer revolutionären Ansichten unmöglich war und ist und 2., weil jeder Versuch, sie zu einem Organ des Willens der Mitglieder umzuwandeln, an dem Widerstand der Bürokratie zum Scheitern verurteilt ist. Wäre die ungehinderte revolutionäre Propaganda in den Gewerkschaften möglich und könnten sie zum Organ des Willens der Mitglieder umgewandelt werden, so würde sie die Partei nicht verlassen da unter solchen Umständen ihre Revolutionierung nur von der Aufnahme unserer Ansichten von den anderen Arbeitern abhängen würde.

Die Betriebsorganisationen entstanden als Zusammenfassung aller Arbeiter in den Betrieben, die gewillt waren, ihre Geschicke in eigene Hände zu nehmen. Der Niedergang der revolutionären Bewegung, die Politik der 3. Internationale, die Schwäche der Union gegenüber den Gewerkschaften trieben gefühlsmäßige Unionisten, verärgerte sozialdemokratische

Buchbesprechungen

I. Stalin: Auf dem Wege zum Oktober. Reden und Aufsätze vom März bis Oktober 1917. 256 S. Verlag für Literatur und Politik, Wien und Berlin.

Wie Lenin, Trotzki, Radek u. a. hat nun auch Stalin seine Reden und Aufsätze der russischen Revolutionszeit in Buchform herausgegeben. Die bolschewistischen Größen wollen damit den Beweis erbringen, daß sie damals die Situation richtig erkannt und danach gehandelt hätten.

Die Presse der KAP. hat die Bolschewiki bis 1921 stets als marxistische Musterorganisation anerkannt, die den radikalen Oppositionsgruppen in aller Welt in Theorie und Praxis des Klassenkampfes den Weg wiesen. Stalin beweist das in seinem Buche wieder aufs neue; er beweist aber auch was wir heute beweisen, daß nämlich die KPR. seit 1921, seit Einführung der NEP. zwangsläufig und geradeaus den Weg gegangen ist — zur Sozialdemokratie, zum Kapitalismus, zum Arbeiterverrat. Die Bolschewiki werden ihr eigenes Spiegelbild erkennen, wenn sie folgendes lesen:

„Es gibt keine dauerhaften Abmachungen zwischen . . . Kapitalisten und Arbeitern. Daher ist der Kampf nicht nur nicht zu Ende, sondern im Gegenteil, er wächst und verschärft sich immer mehr.

Die Arbeiter sollen wissen, daß sie in diesem Kampf solange Niederlagen erleiden werden, als die Sozialrevolutionäre und Menschewiki noch Einfluß auf die Massen haben.

Mögen die Arbeiter im Auge behalten, daß es zur Uebernahme der Macht notwendig ist, daß . . . (sie) . . . von den (in Parlamenten und Gewerkschaften) kompromißlerischen Sozialrevolutionären und Menschewiki losgelöst und um das revolutionäre Proletariat zusammengeschlossen werden (müssen).

Mögen sie das festhalten und den . . . Arbeitern die Augen öffnen, indem sie vor ihnen den Verrat der Sozialrevolutionäre und Menschewiki entlarven.

Schonungsloser Kampf gegen den sozialrevolutionär-menschewistischen Einfluß auf die Massen, unermüdliche Versuche . . . (sich) . . . um die Fahne der Partei des revolutionären Proletariats zu scharen — das ist die Lehre, der soeben durch gemachten Krise.

Rabotschij Putj, Nr. 13, Okt. 1917 — Seite 178.

Jeder denkende Arbeiter weiß heute — aus dem Kompromißeln in Parlamenten und Gewerkschaften, aus dem „Der ADGB. muß", daß die Sektionen der Komintern längst an die Stelle der Sozialrevolutionäre und Menschewiki getreten sind. In diesem Sinne müssen die Arbeiter heute den Rat Stalins befolgen und sich um das revolutionäre Banner der KAP. scharen. Das Stalin'sche Buch ist wertvoll, den Moskaugläubigen das Spiegelbild der Bolschewiki vor Augen zu halten.

•

Abbé und Ford. Von Dr. Hilde Weiß. 90 S. R. L. Prager-Verlag, Berlin NW 7.

Die Verfasserin, die 2 Jahre als Hilfsarbeiterin in den Zeiß-Werken arbeitete, stellt diese und die Ford-Betriebe in ihren Arbeitsmethoden und ihrem „sozialen" Streben gegenüber. Sie bekennt sich als Marxistin, zitiert Rosa Luxemburg gegen den Reformismus der Sozialdemokratie und Gewerkschaften, wo diese mit den bürgerlichen Sozialquacksalbern auf eine Stufe gestellt werden und spricht Abbe trotzdem sozialpolitisches Wohlwollen gegenüber der Arbeiterklasse zu, der aber ehrlich bekannte, den Sozialismus nicht zu wollen. Ford wird eingeschätzt wie er ist, der selbst seiner rücksichtslosen Profitmacherei in seinem Menschenschlachthaus noch ein soziales Mäntelchen umzuhängen versucht. Der Nachweis, daß auch die Arbeiterklasse Amerikas heute wirtschaftlich schlechter gestellt ist als vor dem Kriege und eine Anzahl vergleichender Tabellen geben dem Buch seinen Wert.

•

Die Konzessionspolitik Sojwetrußlands. Von Dr. G. Gerschuni. 133 S. Verlag R. L. Prager, Berlin.

Der Verlag wie der Verfasser sind rußlandfreundlich. Gerschuni, wahrscheinlich Bolschewik, aber nicht in Rußland lebend, hat sein Material größtenteils von der Berliner russischen Handelsvertretung, wie er im Vorwort schreibt, und spricht nur von einem Sowjet- (d. h. Räte-) Rußland und von der „ersten Arbeiterrepublik der Welt". Das Verhältnis des Verlages wie des Verfassers zu Rußland aber ist es gerade, das die Arbeit zu einer ungemein wichtigen macht.

Gerschuni zeigt, daß die Anfänge der **staatskapitalistischen** (!) Wirtschaft Rußlands sehr weit zurückliegen. Schon Peter der Große (1682—1725) gründete Berg- und Hüttenwerke, Tuch- und Leinwandfabriken u. a., finanzierte sie aus Staatsmitteln, und — übergab sie später Privatkapitalisten. (Die Politik der Bolschewiki ist heute also ebenso „revolutionär" als die des Zaren vor mehr als 200 Jahren.) Die Industrialisierung Rußlands, die infolge der Niederlage im Krimkriege Mitte des 19. Jahrhunderts durch großzügige Reformen der Weg geebnet wurde — die Befreiung der Bauern 1861, Gewerbefreiheit, Befreiung der Arbeitskraft vom Hörigkeitsverhältnis, Umwandlung der Naturalwirtschaft in Geldwirtschaft, Abschwächung der Schutzzollpolitik, die Witte'sche Reorganisation der Eisenbahnen und später der Finanzen — geschah auf Kosten der Bauern. Die Verschuldung des Staates für die Industrie betrug schon 1886 mehr als 10 Milliarden Mark; von den 785,5 Millionen Rubel Staatseinnahmen mußten dafür 300 Millionen Rubel, d. h. 38,25 Proz. an Zinsen gezahlt werden. Diese Auspowerung der Bauern trieb sie auf die Seite der radikalsten Arbeitergruppe, das waren die Bolschewiki, was Gerschuni zu schlußfolgern unterläßt, was die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" aber verschiedentlich zeigte. Die Bolschewiki, um die Bauern als Weggefährten zu behalten, warfen ihr kommunistisches Agrarprogramm über Bord, acceptierten das menschewistische, zertrümmerten die Latifundien, gaben den Bauern Land, verwandelten so 40 Millionen revolutionäre Kämpfer in Besitzende, Bürger, und mußten dann zwangsläufig dem Weg der Menschewiki weiterfolgten. Die Macht der Bauern, ihre Sabotage gegen Staat und Arbeiter erzwang 1921 die NEP., um Auslandskapital ins Land zu bekommen. Heute herrscht in Rußland der Staats- und Privatkapitalismus, was Gerschuni wieder auszusprechen unterläßt, was er aber durch eine Reihe Ziffern beweist.

Gerschuni beweist noch mehr, und spricht dies auch aus, daß nämlich Lenin der Urheber der NEP., damit der Vater des russischen Kapitalismus ist und daß die Stalin und Bucharin Lenins Spuren folgen nicht die Helden der „Opposition".

Verfasser stützt sich auf Angaben von Trotzki vom 1. 12. 25. Danach gibt es in Rußland Konzessionen:

Handelskonzessionen	26
Verarbeitungsindustriekonzessionen	17
Bergbaukonzessionen	13
Landwirtschaftliche Konzessionen	13
Transport und Verkehrskonzessionen	12
Waldkonzessionen	6
Verschiedene	3
Zusammen	90

Davon waren deutsche Firmen 22, englische 17, amerikanische 8. Die übrigen 43 Konzessionen verteilen sich auf 20 verschiedene Länder. Nicht die Stärke des investierten Auslandskapitals gibt Rußland seinen kapitalistischen Charakter, sondern die hinter den Konzessionen stehenden 25 kapitalistischen Staaten, die dadurch veränderte Wirtschaftsstruktur, in der Bauern und Nepbourgeoisie das politische Gewicht bedeuten, das die **Politik der KPR. bestimmt.**

Eingegangene Bücher

Imperialismus und Kolonialpolitik von Hans Zacher. 12 S. Broschiert. Herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft.

Der kommende Hochkapitalismus, seine wirtschaftlichen und rechtlichen Voraussetzungen für Deutschland, von G. Wunderlich. 39 S. Verlag R. L. Prager, Berlin.

Neue Weltwirtschaft. Die Lehre von Genf, von Arthur Feiler. Mit dem Wortlaut der Entschließungen der Weltwirtschafts-Konferenz in Genf 1927. 84 S. Sonderdruck der „Frankfurter Zeitung".

Die Konzessionspolitik Sowjet-Rußlands, von Dr. G. Gerschuni, 133 S. Verlag R. L. Prager, Berlin.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland, von W. Grinewitsch. 226 S. Geb. Mk. 17,—, brosch. Mk. 16,—. Verlag des ADGB.

Aus dem Arbeitsleben Amerikas. Arbeitsverhältnisse, -methoden und Sozialpolitik in den USA., von Dr. jur. Fritz Tänzler. 176 S. Verlag Reimar Hobbing, Berlin.

Sittlichkeit und Strafrecht. Gegenentwurf zu den Strafbestimmungen des amtlichen Entwurfs eines allg. dtsch. Strafgesetzbuches über geschlechtliche und mit dem Geschlechtsleben zusammenhängende Handlungen nebst Begründung. 100 S. Mk. 6,—. Herausgegeben vom Kartell für Reform des Sexualstrafrechts. Verlag der Neuen Gesellschaft.

Der Kleinwohnungsbau. Herausgegeben vom Verband für Wohnungsbau, Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände zur Förderung des Wohnungsbaues. 253 S. Broschiert Mk. 3,60, in Leinen 4,80. Volksvereinsverlag M.-Gladbach.

Der historische Materialismus, von Karl Brenner, Iserlohn. 41 S. Verlag Proletarischer Zeitgeist, Heidenau.

Die Arbeitsschule in Sowjetrußland. 48 S. Brosch. Mk. 1,30. Osteuropa-Verlag Berlin u. Königsberg i. Pr.

Petroleum, von Upton Sinclair, Roman. 638 S. Kartoniert Mk. 4,80, in Leinen Mk. 7,—. Malik-Verlag, Berlin.

Singende Galgenvögel, von Upton Sinclair. 104 S. Kartoniert Mk. 1,80. Malik-Verlag, Berlin.

Michail Lykow, Roman von Ilja Ehrenburg. 560 S. Kartoniert Mk. 4,80, in Leinen Mk. 7,—. Malik-Verlag, Berlin.

Schreckensherrschaft in Amerika, von Augustin Souchy. 144 S. Geb. Mk. 2,—. Verlag Der Syndikalist, Berlin O 34.

Sozialismus und Kultur. Bericht über die Tagung des Sozialistischen Kulturbundes, 2.—3. Oktober 1926. 114 S. 1927. Verlag Soz. Kulturbund, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Das Anglo-Russische Komitee und die Opposition in der KPSU., von D. Petrowski. 55 S. Verlag Karl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin.

Was wollen die Anarchisten? Herausgeber: Gruppe „Frei Jugend" (Junge Anarchisten), Groß-Berlin.

Beethoven, der Mensch, von Heinrich Nelson. 16 S. Verlag Oeffentliches Leben, Stuttgart.

Vom Volksschüler zum Abiturienten, von Dr. Wilhelm Schenkel. 50 S. Brosch. Mk. 0,60. Lümen-Verlag, Potsdam.

Die Bücherwarte. Dezember 1927. Zeitschrift für sozialistische Buchkritik, mit Beilage Arbeiterbildung. 32 S. Einzelheft Mk. 0,75. Vierteljährlich Mk. 1,50. Verlag Reichsausschuß für soz. Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Die Kriegsgefahr, die chinesische Revolution und die Komintern, von A. Bennet. 46 S. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg-Berlin.

Herr Vogt, von Karl Marx, nebst einem Anhang Abermals Herr Vogt, von Friedrich Engels. 199 S. Kart. Mk. 7,50. Verlag Rudolf Liebing (L. Franz & Co.), Leipzig.

Städte und Jahre, Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland, Konstantin Fedin. 446 S. Kart. Mk. 4,80, in Leinen Mk. 7,—. Malik-Verlag, Berlin.

Die goldne Kette, von Upton Sinclair. 422 S. Kart. Mk. 2,50, in Leinen Mk. 4,90. Malik-Verlag, Berlin.

So lacht Rußland, von Michael Sostschenko. 150 S. Verlag Adolf Synek, Prag.

Der Fall Sacco und Vanzetti. 16 S. Herausgeber Zentrale der KPD. Verlag VIVA., Berlin.

Kirchenschule oder Volksschule? Ein Kampf gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Rechtskoalition. Von Heinrich Schulz. 47 S. Verlag I. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. Berlin SW 68.

Protokoll über die Verhandlungen vom 16. Kongreß der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (A.-S.). Abgehalten am 26. und 27. Mai 1927 in Mannheim. 79 S. 1 Mk. Verlag „Der Syndikalist", Berlin O 34.

Die Kritik. Soziologisch-materialistische Zweimonatsschrift. Januar/Februar 1928. 40 S. Oktav. Mk. 0,40. Herausgeber Rudolf Voigt, Berlin-Schöneberg, Cheruskerstr. 4.

Kommunistische Revue, Nr. 10. Monatsschrift der KPTsch. Reichenberg, Verlagsanstalt Runge u. Co.

The Commune. A Journal of Anti-Parlamentary Communism. November 1927. Verlag Guy A. Aldred, Glasgow, 13 Burnbank Gardens.

Walka, Zeitschrift der polnischen Sektion der III. Internationale. Nr. 5—9. 32 S. Vierteljährlich Zl. 2,—.

Robotniczy Przeglad Gospodarczy, Nr. 9. 24 S. Einzelheft 1 Zl. Verlag Warszawa, ul. Czerwonego-Krzyga 20.

Proletarisches Notizbuch

Arbeitslosigkeit in Dänemark. Eine amtliche Untersuchung über die Zusammensetzung der Arbeitslosigkeit in Dänemark, das von einer langanhaltenden Wirtschaftskrise heimgesucht wird, zeigt das Ueberhandnehmen der langfristigen Arbeitslosigkeit. Ende März waren von 274 000 Versicherten 45 386 Arbeitslose. Angaben wurden über 37 022 Arbeitslose geliefert. Fast 60 Prozent dieser Arbeitslosen, an Zahl 21 066, waren sechs bis zwölf Monate erwerbslos, 9526 seit drei bis sechs Monaten. Da seitdem die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen ist und im Monat November mehr als 66 000 betrug, ist eine Vermehrung auch der langfristigen Arbeitslosen wahrscheinlich. Von den Erwerbslosen standen 21 504 im Alter von 25 bis 49 Jahren, 4739 Erwerbslose waren 50 bis 59 Jahre, 2256 über 60 Jahre alt, das heißt die Erwerbslosigkeit der älteren Arbeiter ist auch in Dänemark sehr hoch. Die Zahl der unter 25 Jahre alten Erwerbslosen betrug nur 8523.

Generalstreik in Barcelona. Mardrid, 2. Februar. Die Textilarbeiter in Barcelona sowie auch die Hafenarbeiter sind in den Streik getreten. Die Transportarbeiter, Autochauffeure und städtischen Fuhrleute haben beschlossen, am Samstag die Arbeit niederzulegen. Für Sonntag rechnet man mit dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks. — Die Ursache der Streiks ist der „Steuerabzug vom Lohn" nach deutschem Muster sozialdemokratischer Erfindung.

Der „gesetzliche" Achtstundentag. Genf, 2. Februar. In der Sitzung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts gab der Vertreter der englischen Regierung die Erklärung ab, daß England die Ratifizierung des Washingtoner Achtstundentagabkommens ablehnt. Er stellte den Antrag, daß für die Internationale Arbeitskonferenz im nächsten Jahre die Frage der Revision des Washingtoner Abkommens auf die Tagesordnung gesetzt werde und daß das Arbeitsamt für die Apriltagung des Verwaltungsrats einen Bericht über die bisherige Durchführung des Abkommens vorbereite. Der Delegierte der deutschen Regierung wies darauf hin, daß Deutschland die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens von der Ratifizierung Englands abhängig gemacht hat. — Es ist die Tragik der Arbeiterbewegung, daß immer erst die Ausbeuter die Lügen ihrer Lakaien entlarven müssen.

Achtung, Streifbandbezieher.

Infolge der starken Belastung der Belieferung der KAZ. mit Streifband durch Porto sind wir gezwungen, das Abonnement auf Mk. 1,50 monatlich zu erhöhen. Verlag der KAZ.

Achtung, „Sowjet"front! Einer Meldung aus Angora zufolge läßt Kemal Pascha, der Busenfreund Tschitscherins, 48 ungarische Arbeiter, die der kommunistischen Propaganda beschuldigt werden, nach Horthy-Ungarn abschicken! — Krasser wie dieser Fall kann nichts zeigen, daß die Proletarier in der „Sowjet"front nur Kanonenfutter für den russischen Noskekurs sind.

Der kommunistische Friede. WTB. Washington, 1. Februar. Der der Abgeordnetenkammer vorgelegt Heereshaushalt beträgt im ganzen 399 Millionen Dollar, einschließlich 80 433 000 Dollar für Hafenanlagen und Flußregulierungen. Die Ausgaben des diesjährigen Haushalts übersteigen die des vorjährigen um 3 654 000 Dollar. Es werden 24 850 000 Dollar für die Militärluftschiffahrt und 33 981 000 Dollar für die Küstenverteidigung vorgesehen. Die Bestände des regulären Heeres sollen 118 750 Mann betragen, von welchen 1248 für das Fliegerkorps gemäß des fünfjährigen Programms für den Flugzeugbau bestimmt sind.

Groß-Berlin: Freitag, 10. Februar, erweiterte Bezirksmitgliederversammlungen der Partei

(Siehe Versammlungskalender)

Kleinbürger, und andere Phantasten, die die revolutionäre Welle an die Oberfläche brachte, zu verschiedenen Spekulationen und Erfindung von allheilenden Rezepten. Der Gedanke der Union wurde verschiedenen Destillationsprozessen in ihren Köpfen unterworfen, so daß in den Zersetzungsprodukten die daraus entstanden, die ursprüngliche Union nicht mehr zu erkennen war. Der Rückgang der Union fast auf die Mitglieder der Partei hat auch bei dem gesunden Kern zur Folge gehabt, daß man oft die beiden Organisationen identifizierte. Man wollte oft weg der Union eine Partei machen. Dann ist aber schon rein formell die Aufrechterhaltung von zwei Organisationen mit denselben Aufgaben und Taktik unter zwei verschiedenen Namen ein Unsinn und unhaltbar.

Der Parteitag muß mit aller Klarheit, entgegen allen Irrtümern bezüglich dem Wesen und den Aufgaben der Union aussprechen, daß die Union die Zusammenfassung der Betriebsorganisationen ist und diese eine Zusammenfassung aller Arbeiter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und ihre Geschicke in eigene Hände nehmen wollen. Die Aufgabe der Union ist nicht, die Kämpfe den Arbeitern abzunehmen und sie für die Arbeiter zu führen, sondern ihre Aktivität wachzuhalten, indem die Unionisten gemeinsam mit ihren Betriebsvertretungen und Kampfoorgane schaffen und mit diesen den Kampf in allen seinen Stadien führen. Der Parteitag muß auch diejenigen unrichtigen Ansichten über die Taktik der Union, die in der Resolution der letzten Reichskonferenz der Union ihren Ausdruck fanden, einer Korrektur unterziehen. So wird die Union zum Erzieher des Selbsthandelns, der Solidarität der Arbeiter, sie wird organisatorischer Niederschlag und Rückgrat der Massenaktion und damit eine praktische Schule des Proletariats zum Kommunismus, — durch die Praxis des Kampfes und durch die ungehemmte Propaganda der Kommunisten.

6. Die AAU. und die Gefahren des Reformismus.

Es ist nicht zu leugnen: Die Angst vor dem Reformismus verhindert manchen Genossen, eine richtige Lösung der Frage von den Aufgaben und der Taktik der Union zu geben. Man fürchtet, daß die Union vom Reformismus bedroht wird, wenn sie sich in den alltäglichen Kampf zwischen Arbeit und Kapital begibt. Deshalb ist es notwendig, daß man sich klar über die Quellen des Reformismus und die Mittel zu seiner Ueberwindung wird.

Schon 1904 wies Rosa Luxemburg darauf hin, daß der Opportunismus ein Produkt der Arbeiterbewegung selbst, ein unvermeidliches Moment in ihrer geschichtlichen Entwicklung ist. Der Grund dafür ist, daß der Klassenkampf einen dialektischen Widerspruch in sich birgt: Er hat nämlich den Kapitalismus, der seine Voraussetzung ist, zu stürzen. Der Wille im Proletariat zum Sturz des Kapitalismus kann sich nur im alltäglichen Kampfe mit der bestehenden Ordnung, d. h. in ihrem Rahmen ausbilden. Die Arbeiterbewegung hat sich also durch den alltäglichen Kampf zum Endziel zu entwickeln. Daraus entspringen die beiden Strömungen: Die reformistische und die revolutionäre. Ihre relative Stärke wird in der letzten Instanz von dem Zustand des Kapitalismus und von der entsprechenden Zuspitzung der Klassengegensätze bestimmt. Ermöglicht der Kapitalismus eine ständige Anpassung des Arbeitslohnes an den Existenzminimum, führen die Wirtschaftskämpfe zum ständigen Erfolge, dann wachsen im Proletariat die reformistischen Stimmungen, die ihren Ausdruck in einer politischen Gleichgültigkeit und spießbürgerlichen Zufriedenheit finden. Hören dagegen die Wirtschaftskämpfe auf zu einer ständigen Besserung der Lage der Arbeiter zu führen, dann wachsen die Unzufriedenheit im Kapitalismus und der Wille zu seiner Bekämpfung. Man sieht hierbei, daß unter verschiedenen Umständen die Wirtschaftskämpfe zu verschiedenen Ergebnissen führen. Der Reformismus entspringt also nicht aus den Wirtschaftskämpfen, sondern aus den Umständen, unter welchen sich diese vollziehen.

Die Ueberwindung des Reformismus des Proletariats, der sich in der politischen Gleichgültigkeit und der spießbürgerlichen Zufriedenheit äußert, geschieht verhältnismäßig leicht. Eine Aenderung der Verhältnisse und Zuspitzung der Klassengegensätze, die daraus hervorgerufenen Kämpfe mit ihren Erfahrungen erleichtern der revolutionären Propaganda die Ausrottung dieses Reformismus.

Nicht so einfach steht die Frage der Ueberwindung des Reformismus, welcher theoretische und organisatorische Formen angenommen hat, d. h. wenn die reformistischen Stimmungen und Illusionen der Massen von einer Organisation zur Theorie erhoben sind. Dann haben die Erfordernisse des Klassenkampfes, die aus den veränderten Verhältnissen entspringen und die revolutionäre Propaganda einen schweren Widerstand zu überwinden. Er ist aber doch zu überwinden, wenn diese reformistische Organisation ein Organ des Willens der Mitglieder ist. In diesem Falle ist die Ueberwindung eine Frage des Umschwunges in der Auffassung der Mitglieder, was von denselben Faktoren abhängt, wie die Revolutionierung des gesamten Proletariats. Ist aber die Organisation zum Instrument einer Bürokratie geworden, die ihre Führer in der Legion der kleineren Bonzen hat, deren Ideologie, deren Tun und Lassen von ganz anderen Faktoren, als die der Mitglieder bestimmt werden, dann ist der Reformismus in der Organisation nicht zu überwinden. Die Bürokratie, deren Rolle in der Organisation sich nicht von der einer herrschenden Klasse unterscheidet, kämpft mit Hilfe der traditionellen Auffassungen gegen jeden ideologischen Umschwung und verfügt dort mit Hilfe der Macht des Organisationsapparates die Mitglieder, sich dieses zu beugen, oder, und von ihm ein Organ ihres Willens zu machen. Eine solche Organisation wird während der Revolution offen im Lager des Klassengegners stehen, und ihr Reformismus ist nur so zu überwinden wie die Herrschaft der Bourgeoisie. Das gilt für die Gewerkschaften.

Vor dem muß man aber den Reformismus des Proletariats überwinden, d. h. die Millionen von Arbeitern aus dem ideologischen und organisatorischen Einfluß der Gewerkschaften befreien und für die Revolution gewinnen. Das kann jedoch nicht außerhalb des alltäglichen Kampfes geschehen, sondern durch ihn, durch seine Erfahrung. Die Gewerkschaften mit ihren Kampfmethoden und Manövern gestatten den Arbeitern nicht, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu begreifen. Sie können dem Arbeiter nur die Erfahrung und die Lehre geben, daß sie keine Kampforganisation sind. Diese Erfahrung reift aus, zum Verlassen der Gewerkschaften und vielleicht zu ihrer Bekämpfung, jedoch nicht zum Begreifen der kapitalistischen Zusammenhänge und der Aufgaben der Arbeiterklasse. Dies kann geschehen — wie gesagt — nur in den Kämpfen gegen das Kapital, an denen die Arbeiter sich direkt beteiligen. Dazu brauchen sie aber eine Kampforganisation. Ohne eine solche Organisation sind die Kämpfe unmöglich. Deshalb, wenn sie noch nicht da wäre, müßte sie geschaffen werden.

Diese Organisation ist nur dann nicht eine Gewerkschaft, wenn sie der Träger eines neuen Kampfprinzips — der Massenaktion — ist, die die jetzigen Kampfbedingungen vorschreiben. Massenaktion bedeutet nicht, die Kämpfe den Arbeitern abnehmen, sondern mit ihnen gemeinsam die Organe des Kampfes zu schaffen. Die Kampforganisationen des Proletariats sind die Betriebsorganisationen, zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiter-Union. Nur als solche hat die letztere ihre Existenzberechtigung. Wenn der Genosse Horner im Gegensatz zu manchen utopischen Sektengeistern unterstreicht, daß die alltäglichen Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital das Proletariat zur revolutionären Klasse ausbildet, und befähigt, den Kapitalismus zu besiegen, und daß sie durch Steigerung des Erkenntnisses und der Kampfkraft ein Glied in der Entwicklung zur Revolution darstellt; wenn er dazu — wenn auch etwas unsicher — noch die Möglichkeit einer neuen Klassenorganisation, die der IWW. ähnelt, sieht, sich aber dagegen wehrt, daß diese Organisation die AAU. sei, so folgt das aus einer falschen Auffassung über das Wesen der Union sowie aus dem Umstand, daß er ihr Aufgaben zuschreibt, die Aufgaben der Partei sind. Die AAU. ist keine Revolutionsmunie; sie ist auch keine Organisation, die man sich heute zurecht macht um nach der Revolution mit ihr die Wirtschaft auf kommunistischen Grundlage zu organisieren. Die AAU. ist die Kampforganisation des Proletariats, deren Grundlage in den Kampfbedingungen der monopolistischen Phase des Kapitalismus liegen.

Es ist falsch, die Union nur als ein Kampfprinzip aufzufassen. Ein Kampfprinzip braucht einen Organisationsträger, wie die „Seele" einen Körper. Die Union ist das Rückgrat der Massenaktion; diese Aufgabe kann sie lösen, wenn sie parallel mit der Eroberung der Massen durch ihr Kampfprinzip wächst, wenn sie also an Mitgliederzahl zunimmt. Und hier wird die Union der Gefahr ausgesetzt; sich die reformistischen Stimmungen der Arbeiterklasse, die durch eine Aenderung der Situation entstehen, in ihr einzusiedeln. Man darf natürlich diese Gefahren nicht übertreiben. Im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus führen die Wirtschaftskämpfe — betrachtet vom Gesichtspunkt der materiellen Errungenschaften — nicht von einem Erfolg zum anderen, woraus die selbstzufriedene Spießbürgerlichkeit entstehen könnte; noch weniger kann das der Fall sein, wenn die altkapitalistischen Länder in einem harten Konkurrenzkampf infolge der Rationalisierung ihre Wirtschaftskatastrophe in einem langsamen Absterben gewisser Produktionszweige umzuleiten haben. (Für die Fanatiker der Todeskrise sollte es keine reformistische Gefahr geben, da ja in der letzten Instanz das Sein das Bewußtsein bestimmt.) Man darf auch nicht vergessen, daß zur Union Arbeiter kommen, die die Gewerkschaften ablehnen, und daß die Union sich in einem scharfen Kampf gegen die Gewerkschaften zu behaupten und zu entwickeln hat. Schon der Gegensatz zu den Gewerkschaften allein ist ein Faktum, das hinderlich auf dem Wege einer Entwicklung zum Reformismus steht, solange die Union nicht ein entscheidender Faktor in den Kämpfen der Arbeiter geworden ist. Trotzdem an einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Union kann der Reformismus eine Gefahr für sie werden, der aber aus Angst vor einer solchen Gefahr die Union ins Revolutionsmausoleum schaffen, oder von ihr eine Organisation nur der Kommunisten machen will, der treibe gegenüber dem Reformismus nur eine Vogel-Strauß-Politik. Der Reformismus der Arbeiterklasse wird nicht dadurch überwunden, die Macht des kristallisierten Reformismus — der Gewerkschaften — wird dadurch nicht gebrochen.

Der Marxismus liefert uns ausgezeichnete Waffen zur Bekämpfung des Reformismus. Unsere revolutionäre Kritik erhält aber ihre Wirksamkeit nur durch die Praxis, durch die Erfahrung der Arbeiter, die sie aus den Kämpfen schöpfen. Wer aus der Union eine Revolutionsmunie oder eine Organisation nur der Kommunisten, d. h. von ihr eine zweite Partei machen will, und sie ihres Charakters einer Klassenorganisation des Proletariats auf Grundlage der Betriebsorganisation beraubt, der also eine der wichtigsten Bedingungen zur Entfaltung der Massenaktion und zur Sammlung von revolutionären Erfahrungen vernichtet, der erreicht das Gegenteil: er vernichtet die Möglichkeit, die Erfahrungen der Arbeiter zu sammeln, aus welchen heraus allein sie unsere Propaganda begreifen können. Das ist eine scheinbare Bekämpfung des Reformismus, wobei sich das Mittel — um mit Rosa Luxemburg zu reden — gegen den Zweck wendet. Die guten Absichten können daran nichts ändern. Der Weg zur Hölle soll ja auch mit guten Absichten gepflastert sein.

Der Reformismus in der Arbeiterbewegung kann überwunden werden, nur durch die Bewegung selbst, gefördert durch die AAU. als lebendige Klassenorganisation des Proletariats und Trägerin des neuen Kampfprinzips — der Massenaktion — unterstützt durch die revolutionäre Kritik und Propaganda der Unionisten-Marxisten, die — um ihrer Tätigkeit eine größere Wirksamkeit zu verleihen — sich in der revolutionären marxistischen Partei — in der KAP. — zusammenschließen.

(Fortsetzung folgt.)

An die Leser und Abonnenten des „Proletarier"

Der „Proletarier" kann vorderhand nicht mehr zu seinen Lesern sprechen. Die ungeheueren finanziellen Schwierigkeiten der revolutionären Presse gebieten kategorisch eine solide Fundierung des Möglichen. So schwer es fiel, der „Proletarier" mußte vorübergehend sein Erscheinen einstellen.

Wir hoffen, daß das nicht für allzulange Zeit der Fall sein wird. Sobald wir glauben, daß die Kräfte ausreichen, den „Proletarier" wieder erscheinen zu lassen, werden wir alle Leser und Abonnenten benachrichtigen, um gemeinsam mit ihnen Wege zu suchen, die erneute Herausgabe vorzubereiten und sicherzustellen. Die in dem letzten „Proletarier" vom Genossen Horner begonnene Debatt wird in der „KAZ." zu Ende geführt, und werden wir die diesbezüglichen Artikel dahingehend kenntlich machen. Eingezahlte Abonnementsgelder, für die keine Belieferung mehr erfolgen konnte, werden vom Verlag zurückerstattet.

Redaktion und Verlag des „Proletarier".

Aus den Wirtschaftsbezirken

Groß-Hamburg

Leichenschändung.

Die monatliche Jugendbeilage des sozialdemokratischen „Hamburger Echo" bringt in Nr. 1 des neuen Jahrgangs die Erkannte Erzählung Eugen Levines „Genosse, ich kann den Brief nicht nehmen!"

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die sozialdemokratische Presse zum Gedenken an die gemordeten Helden der proletarischen Revolution aufzufordern wagt und die tragische Erzählung mit dem Hinweis eröffnet, daß Levine 1919 in München von der Gegenrevolution erschossen wurde. Als wenn der Genosse Levine nicht vom „Rechtswegen" ins Jenseits befördert ward, als wenn an der Spitze dieser Gegenrevolution nicht der sozialdemokratische Minister Hoffmann gestanden hätte, der keinen Einspruch gegen das Bluturteil des Münchener „Volksgerichts" erhob.

Die sozialdemokratischen Halunken spekulieren auf das kurze Gedächtnis der Arbeiter und auf die Naivität einer Jugend, die mit Kulturphilisterei gegen den Klassenkampf dressiert wird. Die sozialdemokratischen Bundesgenossen der weißen Soldateska möchten ihre Schande verdecken, indem sie die Parallele zu den Verbannungsurteilen in Rußland ziehen. Die revolutionären Arbeiter werden dafür sorgen, daß die Massen früher oder später begreifen, weshalb Noske und Stalin Fleisch vom gleichen Fleische sind.

Halle

Hanswurst in Opposition.

In Halle ist der Landtags- und Stadtverordnete Kilian aus der KPD. ausgetreten. Neben einer langen Erklärung, die er an das ZK. sandte, in der er sich bitter darüber beklagt, wie man ihn geschändet hat, hat er auch in der Stadtverordnetenversammlung in Halle noch „erklärt", und zwar u. a. folgendes:

„Ich werde mich weder im Kampf gegen alle Arbeiterfeinde, **noch in der Hochachtung vor Sowjetrußland und in der Verteidigungsbereitschaft gegenüber dem erste proletarischen Staat von irgend jemand übertreffen lassen.** Das schließt nicht aus, sondern ein eine sachliche Kritik an den gegenwärtigen Zuständen und Verhältnissen in Sowjetrußland, die eine Verfälschung der Lehren Lenins, eine Diskreditierung und Gefährdung des Bestandes der proletarischen Diktatur bedeuten. **Es gibt für mich keinen anderen Weg zum Sozialismus als den russischen.**"

Stalin kann beruhigt sein. Mögen noch Hunderte und Tausende nach Sibirien wandern oder aufs Pflaster fliegen, und weil ohne Unterstützung, durch den „proletarischen Staat", durch diesen „sanften" Druck erledigt werden — Hanswurst in Opposition läßt sich in der Hochachtung und Verteidigungsbereitschaft gegenüber dem „Sowjet"rußland nicht übertreffen. Er sieht nur eine Abweichung — Noske war auch nur eine „Abweichung". Er hätte sagen sollen, — was für diesen ganzen „orthodoxen Leninisten" zutrifft: Sie lassen sich an Geschmacklosigkeit und Prinzipienlosigkeit von niemand übertreffen.

Organisatorische Mitteilungen

Zur Beachtung!

Bei Einzahlungen auf Konto 82 842, Buchhandlung für Arbeiterliteratur, stets genau angeben, für welchen Zweck Geldeer eingezahlt werden. Ob KAZ. (Nummern oder Monat), Vrsk. G. H. A., Buchhandlung usw., da sonst eine genaue Verbuchung unmöglich ist.

Groß-Hamburg.

Nächste Veranstaltungen:

Lokal Rapp, Ecke Wohldorfer Straße und Stuvkamp.

14. Februar: Die Ziele des JSK.
28. Februar: Die Vorbereitung des Parteitages.
13. März: Die organisatorischen Grundlagen der proletarischen Partei.

Beginn 8 Uhr. Alle Genossen erscheinen pünktlich!

Der Arbeitsausschuß.

•

Leipzig.

West. Jeden Donnerstag, abends, öffentliche Zusammenkunft im Lokal „Leutzscher Tor", Leutzscher-, Ecke Flemmingstraße.

Ost. Jeden Montag, abends, öffentliche Zusammenkunft im Lokal „Zur Krone", Rabet-, Ecke Melchiorstraße.

•

Weißenfels.

Alle Genossen der AAU. und KAP., sowie Sympathisierende, treffen sich jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichspost", Benditzstraße.

•

Dortmund.

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung der KAP. und KAJ.

Jeden Samstag, abends 8 Uhr Zahlabend der AAU.

Wir ersuchen alle Genossen pünktlich zu erscheinen.

Der Ortsrat.

Groß-Berlin.

Bezirksleiter der KAP.! Nächste Zusammenkunft der Bezirksleiter Dienstag, den 7. Februar 1928, abends 8 Uhr, an bekannter Stelle.

Der Arbeitsausschuß.

Achtung! Parteigenossen!

Am Freitag, den 10. Februar 1928, abends 8 Uhr, finden erweiterte Bezirks-Mitgliederversammlungen statt und zwar tagen:

5. und 17. Bezirk:

Lokal Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 20.

6. und 4. Bezirk:

Lokal Weiße Taube, Schul- Ecke Prinz-Eugenstraße.

7. und 11. Bezirk:

Lokal Josefowitz, Charlottenburg, Galvanistraße 7.

8., 13. und 14. Bezirk:

Lokal Schwarzkopf, Neukölln, Fontanestraße 26.

Thema in allen Versammlungen:

Die Lehren aus der Entwicklung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Aufgaben der Parteitages.

Genossen! Besucht diese Veranstaltungen der Partei.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Isadonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich zu die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

9. Jahrg. Nr. 11

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 9. Februar 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,50 Mark, zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Inserate werden nicht aufgenommen.

Zwei Wege

„Ueber die künftige Gestaltung der Regierungsverhältnisse in Deutschland, insbesondere nach einer erwarteten Verschiebung der parlamentarischen Kräfteverhältnisse nach links, schweigt die Presse unserer Partei im allgemeinen und das ist gut." So beginnt ein Artikel der Levi-Korrespondenz, mit der die Presse der „linken" Sozialdemokratie gespeist wird. Es ist außerordentlich interessant, die Meinung dieser „Linken" selbst in Bezug auf die künftige Gestaltung der Regierungsverhältnisse zu hören. Das ist nämlich nichts mehr und nichts weniger, als **„die Koalition fördert die Entwicklung zu einem Deutschland des arbeitenden Volkes nicht, sondern hemmt sie."**

Wir wollen dabei nicht verschweigen, daß Levi, wenn er so von der Ablehnung der „Koalition" spricht, nur die Zentrumspartei, und die Parteien „rechts" vom Zentrum meint; über eine Koalition mit den Demokraten schweigt er sich aus. Man muß diese Taktik in der Polemik gegen die „rechte" Sozialdemokratie von vornherein klar sehen, um den Unterschied zwischen der „linken" und der „rechten" richtig werten zu können. Es ist der zwischen der „kleinen" und der „großen" Koalition, und wie wir noch sehen werden besteht dieser Unterschied nur in der Phrase, nicht in der Wirklichkeit.

Die Frage, was denn eigentlich werden soll, wenn das Proletariat so stark geworden ist, daß eine formale Rechtsmachung zu einer Gefahr für die kapitalistische Ordnung wird, hat von jeher eine große Rolle gespielt und wird, weil sie immer wieder von neuem durch die gegebenen Kräfteverhältnisse gestellt wird, nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Die moderne Bourgeoisie begreift auch sehr wohl, um was es hier geht, und trägt der Tatsache, daß gegen das Proletariat faktisch nicht regiert werden kann praktisch Rechnung, indem sie sich für die Demokratie erklärt. Sie weiß sehr wohl, daß gegen das Proletariat nur regiert werden kann, wenn das Proletariat mit „regiert", das heißt, wenn es selbst die Verantwortung für die in der kapitalistischen Gesellschaft wirkenden Gesetze übernimmt und sich praktisch auf den Boden dieser Gesellschaftsordnung stellt. Das diese „Verantwortung" das Proletariat dazu treibt, gegen die Interessen seiner eigenen Klasse zu wüten, ist zu bekannt, um es wiederholen zu müssen. Die „Vaterlandsverteidigung", die Praxis der „Wirtschaftsdemokratie" und ihre Schlichtungsordnung, die von der „mitregierenden" Sozialdemokratie aus der Taufe gehoben wurde, sind nur die zwei großen „Errungenschaften", zwischen denen die blutige Niederwerfung des revolutionären Proletariats liegt.

Diesen Konsequenzen kann das Proletariat nur ausweichen, wenn es begreift, daß sein Kampf ein Kampf gegen die kapitalistische Ordnung ist, und bleiben muß. Will es jedoch seiner historischen Mission treu bleiben, dann muß es in dem Moment, wo die Bourgeoisie die demokratischen Tore öffnet, um es politisch zu korumpieren und zu kompromittieren, wissen was es will.

Hier stoßen wir, wenn wir die Sirenenklänge der „linken" Sozialdemokraten hören, auf eine Art „revolutionären" Parlamentarismus, gewissermaßen in „zivilisierter" Form, im Gegensatz zu dem „Radauparlamentarismus" der III. Internationale. Aber beiden ist gemeinsam, daß sie den Konsequenzen einer Taktik ausweichen möchten, oder wenigstens vorgeben, ausweichen zu können, die eben ihre Logik auch da hat, wo die Logik bei den Menschen oft aufhört. Auf diese Weise sind jene Taktiker dazu verurteilt, als „linke" den „rechten" Wasser auf die Mühlen zu leiten, weil eben die „rechten" Sozialdemokraten die Logik auf ihrer Seite haben, und mit den demagogischen „Argumenten" der „linken" nicht nur leicht fertig werden können, sondern ihre Polemik als Windbeutelei brandmarken können.

Es ist schon an dieser Stelle nachgewiesen worden, daß jede Partei, die in der Epoche der zugespitzten Klassengegensätze infolge dauernder Krisen und Katastrophen des Kapitalismus versucht, den bürgerlichen Parlamentarismus als Klassenkampfwaffe für das Proletariat zu gebrauchen, ihre gesamte Politik auf die Illusion nichtkommunistischer Massen aufbaut, und ihre Taktik von der Ideologie ihrer Wählermassen beeinflußt und bestimmt wird. Der Kommunismus wird zur werbenden Losung für den Parlamentarismus, und die Logik dieses Parlamentarismus zwingt jede parlamentarische Partei in jeder Frage eine den parlamentarisch denkenden Massen verständliche „Lösung" zu suchen. Da „Erfolge" nur in der einmal vorgeschriebenen Richtung liegen, muß sich jede parlamentarische Partei, will sie nicht selbst alle Voraussetzungen von „Erfolgen" auf dem einmal beschrittenen Wege zertrümmern, immer mehr dem „Verständnis" der ihr folgenden Massen nähern, und zuletzt selbst den Kommunismus als werbende Losung durch andere „Lösungen" preisgeben. Die KPD. landete bei der Mißgeburt von „Arbeiter- und Bauernregierung", die „linke" SPD. bei der „kleinen Koalition", gegen die „große Koalition".

Denn letzten Endes werden jene „Parolen nicht allein von der Logik einer Taktik und ihrer Ideologie bestimmt, sondern von der „praktischen Arbeit". Diese „praktische Arbeit" wird wiederum nicht geleistet in Vorträgen oder Zeitungsartikeln, sondern in der kapitalistischen Wirklichkeit. Die Massen wollen auch auf diesem Gebiete keine „Reden", sondern „Taten" sehen. Die „Zusammenarbeit" mit bürgerlichen Parteien wird zur zwingenden Notwendigkeit und, um diese überhaupt zu ermöglichen, die „Verständigung" über die Grundlage der Zusammenarbeit. Die „Linken" lehnen bekanntlich die „praktische Arbeit" nicht ab, sondern sind außerordentlich stolz darauf. Sie wissen auch, daß die Ablehnung jeder Koalition all zu leicherlich wirken würde, daher beschränken sie sich auf die Bejahung der „kleinen Koalition".

Aber auch hier hat ihre Logik eine arge Beule. Denn ob „große" oder „kleine" Koalition wird nicht entschieden durch Referenten und Kontra-Referenten, sondern durch das gegebene „Kräfteverhältnis". Wer die kapitalistische Demokratie als „Weg zum Sozialismus" bejaht, der kann nicht die „Mitarbeit" von Mehrheit oder Minderheit der erreichten Stimmen abhängig machen. Wenn also die Stimmen nicht ausreichen, die „rechten" Parteien auszuschalten, dann muß man sich eben mit dem Teil der „Macht" begnügen, der vorhanden ist. Ist eine Mehrheit vorhanden, um allein mit den „Linksparteien" die Regierung bilden zu können, dann braucht der Parteivorstand die klugen Ratschläge seiner „linken" Freunde nicht mehr, weil die Frage, ob „große" oder „kleine" Koalition durch die „Demokratie" selbst gelöst wird.

Das Proletariat hat zehn Jahre parlamentarische Taktik hinter sich, seit die Frage des Kommunismus praktisch als Tagesfrage auf die geschichtliche Bühne gestellt wurde. Diese zehn Jahre genügen schon für den Beweis, daß erstens die „Erziehung" des Proletariats keine Erziehung zum Kommunismus war, sondern ein einziger Verdummungsfeldzug. Das zweitens nicht das Proletariat auch nur in sozialpolitischer Hinsicht vorwärts kam, sondern daß die Kapitalsoffensive immer rücksichtsloser wütet, und keine „parlamentarischen Schranken" in der Lage sind, dieser offensive Einhalt zu gebieten. Daß drittens die politische Herrschaftsgewalt der Bourgeoisie im Rahmen der Demokratie so ausgebaut wurde, daß sie heute schon stark genug ist, ihren Ausbeutungsfeldzug auf allen Gebieten ihres Klassenrechtes formal zu sanktionieren. Das alles in allem der Weg der Demokratie nicht der Weg zum Sozialismus, sondern der Weg zum Faschismus ist, zur Preisgabe des proletarischen Zieles, dessen unmittelbare Verwirklichung zu einer Frage von Leben und Tod für die proletarische Klasse geworden ist.

Dieser Weg ist der Weg des Klassenkampfes nicht nur in der Phrase, sondern in der Tat. Diese Tat hat zur Voraussetzung die Vereinigung aller Arbeiter in einer Organisation, die sich das Klassenziel des Proletariats als unmittelbare Aufgabe stellt: Die Ueberwindung des Kapitalismus durch den Kampf der Massen selbst. Nur eine Partei, die dem Proletariat diesen Weg weist und ihre ganze Kraft dieser Aufgabe widmet, leistet praktische Arbeit für das Proletariat. Deshalb gilt es, in Anbetracht des kommenden Wahlkarnevals nicht nur den konterrevolutionären Kurs der Noskepartei als solchen anzuprangern, sondern auch die Demagogie der „linken" und „linkesten" Parlamentarier zu entlarven, die ja auch, wie Ruth Fischer, dem Weis die Maschinengewehre lieber ausliefert, wie den Deutschnationalen.

Die Verhältnisse auf dem russischen Dorf

Grundlage der russischen Wirtschaft ist trotz aller Industrialisierungskünste der Stalin und Konsorten nach wie vor das russische Dorf. Von hier aus erfolgt die Versorgung bzw. Nichtversorgung der russischen Stadtbevölkerung mit dem täglichen Brot und anderen Lebensmitteln. Weiterhin aber erzeugt das Dorf diejenigen Agrarprodukte, die wie in der Hauptsache das Getreide — mit Ausnahme des Rohstoffes Naphtha — Gegenstand der russischen Ausfuhr sind.

Wer also die russische Wirtschaft und Politik und ihre Entwicklungstendenzen begreifen will, darf an dem Leben und Dorf ist der Quell, der die Entwicklung zum Kapitalismus in der gesamten russischen Wirtschaft immer wieder speist. Das Dorf stellt die Bolschewisten immer wieder vor die harten Fragen der Wirklichkeit. Das Dorf ist es, das ihnen nicht erlaubt, den Entscheidungen, die die Geschichte von ihnen heischt, auszuweichen. Das Dorf endlich und der harte Zwang der kapitalistischen Wirklichkeit, der von ihm aus geht, sind es, die den Nebel der bolschewistischen Phrase immer schneller in ein Nichts auflösen.

So konnte und durfte auch der 15. Parteitag der KPdSU. dem Agrarproblem nicht ausweichen. Im Gegenteil: die Krise, die mit dem Mißerfolg der Getreideeschaffung im Herbst 1927 heraufzog, die zum Polonaisestehen der Proletarier vor den Lebensmittelläden der Städte führte und alle Gereiztheiten des Staates erschöpfte, zwang den Parteitag zur Stellungnahme und Entscheidung. Diese Entscheidungen brachten natürlich nichts grundsätzlich Neues. Denn die eigentliche Wendung ist ja in Rußland schon vor Jahren erfolgt und ist im Charakter und den Grundkräften der russischen Revolution selbst enthalten. Dennoch erbrachte die erneute Diskussion Streiflichter, die die Lage im russischen Dorf an der Jahreswende 1927/28 interessant beleuchten und unsere Kenntnis über das Wesen der Kämpfe in der russischen bolschewistischen Partei selbst bereichern.

Das Interessanteste ist, daß die Bolschewisten nicht mehr imstande sind, den Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung auf dem Dorf zu leugnen. Während Stalin diese Entwicklung sowohl die russische Stadt in Frage kam, offener als vordem zugab und selbst von neugebackenen „Sowjet"millionären in der Textil- und Ladenindustrie zu sprechen gezwungen war, erklärte der Stalinist Molotow, der auf dem Parteitag das Referat über die „Arbeit im Dorfe" hielt, unter anderem: Die Verbürgerlichung des russischen Dorfes macht weitere Fortschritte. Wenn er dabei die „Mittel"bauern stillschweigend von den Kulaken trennen will, so haben wir schon darauf hingewiesen, daß eine solche Trennung der kapitalistisch wirtschaftenden Bauern eine bewußte Verwischung der Klassenfrage und somit eine Demagogie ist, was auch von der russischen Oppositionsgruppe der „Sapronow-Smirnow in ihrer Plattform bestätigt wird. Und erst, wenn wir des weiteren die Angaben Martynows in der „Kommunistischen Internationale", hinnehmen, wonach in den Jahren 1925/26 allein 3,2 Millionen der Dorfarmut das russische Dorf verließen, weil sie dort keine Nahrung fanden, gewinnen wir ein volles Bild und den vollen Hintergrund für die von den offiziellen Instanzen wie Molotow und anderen gemachten Angaben.

Molotow sagt: Wir wissen gut, daß die Nep selbst — die sogenannte Neue ökonomische Politik — ein Zugeständnis gegenüber dem Mittelbauern war, gegenüber dem kleinen Besitzer, der die Individualwirtschaft der Kolkektivwirtschaft noch vorzieht. **An dieser Politik haben wir festgehalten, halten an ihr fest und werden an ihr festhalten, so lange es Kleinbauernwirtschaft gibt.** (Bspr. Nr. 1, 1928.) Gegen diese Politik rennt, nach Molotow, die Opposition an. Er sagt: „Bis zu den letzten Tagen hatten wir **mit der mittelbauernfeindlichen Opposition** zu kämpfen." Dieser Kampf sei zu Ende. Sollte er aber wieder aufgenommen werden, so würde die Partei „Nasenstüber austeilen, und, wenn erforderlich auch **Dutzegen, allen, die versuchen, aufs Neue die mittelbauernfeindliche Abweichung zur Diskussion zu stellen.**" Das ist inzwischen durch Verbannungen und Verhaftungen reichlich geschehen.

Unter diesen Verhältnissen hat sich nach Molotow die Lage im Dorfe folgendermaßen entwickelt: Es hat ein „ein Prozeß des Anwachsens der Mittelbauerngruppen bei einem gewissen, vorläufig noch andauernden Anwachsen der Kulakengruppe auf Kosten des bessergestellten Teils der Mittelbauernschaft und bei Abnahme der Gruppen der armen Bauernschaft" ergeben. „Ein Teil der armen Bauern wird proletarisiert". Molotow sagt weiter: . . . Zur Beunruhigung des spezifischen Gewichts der Kulaken sind vor allem die Zahlen über die Lohnarbeit im Dorfe, die Entwicklung des Pachtwesens sowie Angaben über die Handelstätigkeit dieser Elemente charakte-